
Von: Karsten Nesbor <Nesbor@nssv.de>

Gesendet: Freitag, 13. Januar 2023 15:40

An: InfoMailGruppe

Betreff: Informationen zur geplanten Waffenrechtsänderung

Sehr geehrte Kreisschützenverbände,

in der Anlage übersenden wir Ihnen eine gemeinsame Pressemitteilung des DSB, DJV, Forum Waffenrecht sowie weiterer Verbände zur geplanten Waffenrechtsänderung. Da den Verbänden bisher noch kein offizieller Entwurf übermittelt worden ist, ist die Pressemitteilung allgemeiner gehalten. Eine inhaltliche Stellungnahme zu den einzelnen geplanten Aspekten der Waffenrechtsänderung wird erst nach Vorliegen des offiziellen Entwurfs erfolgen.

Einen Hinweis des DSB zur aktuellen Diskussion über die Thematik möchten wir gerne aufgreifen und an Sie ebenfalls weitergeben.

Aktuell laufen Bestrebungen, über Massenbriefe bzw. -mails an die Politik Einfluss auf die Diskussion zu nehmen. Aufgrund von Erfahrungswerten und Rückmeldungen von politischen Entscheidungsträgern sehen sowohl der DSB als auch wir solche Massenmailings ohne inhaltlichen Mehrwert als nicht zielführend und hilfreich an. Vielversprechender wird (nach Vorliegen eines offiziellen Entwurfs) eine koordinierte, abgestimmte und gemeinsame Reaktion der Verbände mit klarer und begründeter Darstellung Ihrer Positionen und Interessen sein. Wir bitten Sie daher, von einer Beteiligung an Massenmailings abzusehen.

Zudem bietet der DSB an, bei Presseanfragen zum Thema an den DSB zu verweisen und damit eine einheitliche Kommunikation nach außen sicherzustellen.

Bitte leiten Sie diese E-Mail auch an Ihre Kreisvereine weiter.

Über den Fortgang der Diskussion werden wir Sie weiter informieren und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Niedersächsischer Sportschützenverband e.V.

i.A.

Karsten Nesbor

Landesgeschäftsführer

NIEDERSÄCHSISCHER SPORTSCHÜTZENVERBAND E.V.

Wilkenburger Straße 30

30519 Hannover

Tel.: +49 (0) 511 220021-10

Fax: +49 (0) 511 220021-21

E-Mail: nesbor@nssv.de

Internet: <https://www.nssv.de>

eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichts Hannover: VR 2470

Landesgeschäftsführer: Karsten Nesbor

Vorstand, vertretungsberechtigt gem. § 26 BGB

Präsident: Wilfried Ritzke

1. Vizepräsident: Uwe Weimann

Schatzmeister: Erhard Schumann

Bankverbindung: Sparkasse Hannover, Kontonummer: 162 442, Bankverbindung: 25050180

IBAN: DE29 2505 0180 0000 1624 42 Swift: SPKHDE2HXXX

Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE115669433

Gemeinsame Pressemitteilung zum Waffenrecht: Breite Allianz lehnt Waffenrechtsverschärfung ab

Spitzenvertreter von rund 2,2 Millionen legalen Waffenbesitzern haben gestern getagt. Aktionismus und Symbolpolitik von Bundesinnenministerin Faeser wurde stark kritisiert.

Bei einem Spitzengespräch in Kassel haben Vertreter von rund 2,2 Millionen legalen Waffenbesitzern gestern einstimmig gegen Verschärfungen des Waffenrechts positioniert. Vertreten waren Deutscher Schützenbund (DSB), Forum Waffenrecht (FWR), Deutscher Jagdverband (DJV) und weitere Verbände.

Nicht erst seit den Anfang der Woche veröffentlichten Meldungen in den Medien zu einem etwaigen aktuellen Referentenentwurf eines neuen Gesetzestextes sind die Verbände auf ein Waffenrechtsverschärfungs-Szenario vorbereitet und haben in den letzten Wochen und Monaten Gespräche untereinander und mit der Politik geführt – obwohl bis zum heutigen Tag keine offizielle Information der verantwortlichen Stellen aus Berlin vorliegt.

Die breite Allianz von Schützen, Jägern, Sammlern, Reservisten, Traditionsvereinen, Fachhändlern sowie handwerklichen und industriellen Herstellern haben sich klar dazu bekannt, dass Extremisten, Kriminelle oder psychisch kranke Personen keinen Zugang zu Waffen haben dürfen. Das ist allerdings bereits mit den geltenden Gesetzen möglich.

Eine weitere Verschärfung des Waffenrechts nach 2020 würde legale Waffenbesitzer erneut pauschal vorverurteilen – ohne Gewinn an Sicherheit. Diesen Aktionismus und diese Symbolpolitik lehnt die Verbändeallianz deshalb entschieden ab. Die Verbände fordern die Bundesinnenministerin stattdessen auf, die Vorgaben des Koalitionsvertrages konsequent umzusetzen. Das heißt zunächst, eine Evaluation der jüngsten Waffenrechtsänderungen – die bislang wohl noch nicht einmal begonnen wurde – sowie die Entwaffnung von Terroristen und Extremisten und ein klares Bekenntnis zu legalen, rechtstreuen Waffenbesitzern.

Im Koalitionsvertrag heißt es, man wolle „(...) bestehende Kontrollmöglichkeiten gemeinsam mit den Schützen- und Jagdverbänden sowie mit den Ländern effektiver aus[gestalten].“ Stattdessen hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser im Alleingang Forderungen öffentlich gemacht, die nicht hinnehmbar sind und keinen Gewinn für die öffentliche Sicherheit darstellen.

Die Verbändeallianz versichert, dass sie im gemeinsamen Interesse der 2,2 Millionen Mitglieder bereits aktiv an den aktuellen Entwicklungen im Bereich des Waffenrechts arbeitet. Sobald ein offizieller Gesetzesentwurf zur Kommentierung vorliegt, werden abgestimmte Vorschläge in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht.